

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 15

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

In einer Interpellation vor dem aargauischen Grossen Rat wurde die Regierung aufgefordert, den bolivianischen Rebellen eine mobile Sendestation zu schenken. Anscheinend im Sinne der Entwicklungshilfe, denn unser Land soll offenbar Partei für die gerechte Sache der Aufständischen ergreifen und ihnen mit Kriegsmaterial gegen das diktatorische Regime aushelfen.

Die Annahme der Interpellation hätte gleichzeitig noch einem gerechten Anliegen in den eigenen Gefilden weiter geholfen. Im April dieses Jahres waren drei Schweizer verhaftet worden, als sie aus einem Industriewerk in Enneturgi AG eine Sendeanlage zur Unterstützung der Guerillas in Bolivien zu stehlen versuchten. Und weil diese Mission wegen des Eingreifens unserer Repressionsorgane leider gescheitert war, gedachte sie der interpellierende aargauische Grossrat Hans Rusterholz so zu retten, dass er sie in einen Auftrag an die Kantonsregierung umwandelte. Er wollte wissen, ob sie bereit sei, «das vermutete Anliegen der Verhafteten, nämlich einem unterdrückten Volk Hilfe zukommen zu lassen, aufzunehmen und auf wirksame Weise in die Tat umzusetzen».

Die Regierung war dazu allerdings nicht bereit, und auch aargauische Grossräte zeigten durch ablehnende Meinungsäusserungen, dass sie «nichts verstanden» hatten (so die «National-Zeitung»).

Tja, mit dem Verständnis für die unterdrückten Völker ist es bei unsern Behörden offenbar immer noch nicht so weit wie bei unseren grössten Massenmedien (etwa «NZ» und «Tag-Anzeiger»), die mit ihrer Auflagenhöhe im Verhältnis zur Bevölkerung etwa die gleiche Stellung einnehmen wie die Springer-Presse in Deutschland.

Dabei hatte Grossrat Rusterholz sein Anliegen ja wirklich gut begründet: «Müssen wir immer auf der falschen Seite stehen, ist es notwendig, dass wir Verbrecherregimes weiterhin durch unsere Passivität unterstützen?»

*

Nun, mit dieser Fragestellung bin ich völlig einverstanden. Unsere Passivität gegenüber Verbrecherregimes ist wirklich gross.

Als 1968 im Nationalrat die Debatte über die sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei stattfand, wurde immer wieder betont, man dürfe sich nun ja nicht etwa von Emotionen leiten lassen und durch irgendeine Handlung in antisowjetischer Provokation machen. Um Gottesgotteswillen, nur ja keinen Rückfall in den kalten Krieg! Und selbstverständlich gab es in unserm höchsten Gremium nicht einen einzigen, der dieser weisen Erkenntnis etwa widersprochen hätte. Damals waren die tschechoslowakischen Rebellen bestrebt, über Sendeanlagen, welche die Besatzungstruppen noch nicht unter Kontrolle gebracht hatten, die Bevölkerung so gut wie möglich zu orientieren. Nun, damals gab es gerade keine Leute, die eine Sendeanlage zuhanden der tschechoslowakischen Rebellen zu stehlen versuchten, und somit hatte auch Grossrat Rusterholz keine Gelegenheit, einen entsprechenden Antrag zur Weiterführung dieser Mission durch die Regierung zu stellen. Sonst hätte er es natürlich getan, oder? Und wie ihn dabei erst unsere auflagestärkste Presse unterstützt hätte, hei!

Man könnte sogar noch etwas weitergehen als Grossrat Rusterholz, der nur die Passivität gegenüber den Verbrecherregimes beklagt. Man sucht ja Freundschaft mit ihnen, unterstützt sie wirtschaftlich und will sich darin durch keine Missklänge stören lassen. Die Sowjetunion etwa ist sowohl für unsere offizielle Politik als auch für unsere Massenmedien ein absolutes Tabu, und ebenso unantastbar sind die Kolo-

nien, die sie nominell (Baltikum, Ostpolen usw.) oder de facto (Osteuropa) ihrem Imperium einverleibt hat. Nun, das ist natürlich begrüssenswerter Realismus gegenüber einer Macht, die vielleicht nur etwa doppelt so brutal ist wie die lateinamerikanischen Diktaturen und nur ungefähr tausendmal so mächtig.

Im übrigen soll nicht etwa gesagt werden, dass aussersowjetische Militärjuntas, die ihre politischen Gefangenen zu ermorden und zu foltern pflegen, wirklich die Schonung und das Entgegenkommen verdienen, das wir ihnen so ausgiebig zuteil kommen lassen. Tun wir das? Aber ja, sicher. Ich habe da ein Beispiel vor Augen. Wir hatten da so eine Militärjunta, die ihre politischen Gefangenen ermordet und foltert (unter anderm auch Schweizer; aber diese Affäre wurde bei uns auf behördliche Anweisung ganz, ganz en douceur niedergehalten), als Ehrengast für unser Comptoir vorgesehen, und dass der Gast uns dann verschmähte, war schliesslich unsere eigene Schuld; wir waren nicht devot genug gewesen. Ach so, Algerien? Aber ja. Ist das etwa keine Militärjunta, die ihre politischen Gefangenen ermordet und foltert? Aber das sei doch etwas ganz anderes! Ja? Inwiefern, bitte? Ach, so, nun vielleicht. Ich hatte oben ja von aussersowjetischen Militärjuntas gesprochen, und gar so aussersowjetisch ist diese Militärjunta ja möglicherweise auch wieder nicht. Dann bitte ich vielmals um Entschuldigung. Denn wenn Algerien nicht gar so aussersowjetisch sein sollte, dann gehört es selbstverständlich zu unserem heiligen Tabu, zu unserer weisen Anerkennung der Realitäten usw. In diesem Fall wollen wir zu jenem Obristenregime doch wieder recht freundlich sein. Es gibt ja gottlob noch andere Obristenregimes, die nicht so ausgesprochen unter allerhöchster Protektion stehen, und gegen die dürfen wir schliesslich auch mal was Tapferes tun, nicht?

*

Die gottgefällige Dynamitbombe

(Fortsetzung von Seite 5)

Der allerchristlichste Respekt vor der «aktiven Gewalt»

Am empörendsten für die uruguayische Bevölkerung war jedoch das Blutbad, das die Stadtguerillas an einem Samstagabend anrichteten: Drei Polizisten in verschiedenen Stadtteilen wurden überfallen und auf fünf andere wurde zur gleichen Zeit, aber an verschiedenen Orten, geschossen. Ergebnis: Ein Toter, zwei Schwerverletzte und zwei Leichtverwundete. Es zeugt von der Kaltblütigkeit der Mörder, dass sie zu einem der Tatorte zurückkehrten und versuchten, den in Zivil gekleideten Wächter, der einen der verletzten Polizisten ersetzte, anzufallen. Nur einer der Tupamaros konnte gefasst werden; er liegt mit einer lebensgefährlichen Verletzung im Spital. Bisher wurden 10 Polizisten von Tupamaros ermordet und fast doppelt so viel durch Schusswunden verletzt.

Nun, dieses Niederschiessen von Polizisten, die vor Botschaften, Banken oder den Wohnungen

prominenter Persönlichkeiten die ganze Nacht Wache halten, erfolgt mittlerweile mit allerchristlichsten Billigung. So hat der Erzbischof von Recife, Helder Camara, erklärt, dass er zwar nur für die «friedliche Gewalt» eintrete, aber alle respektiere, die — mit gutem Gewissen — «aktive Gewalt» üben. In den Augen des brasilianischen Erzbischofs ist es also nicht die Tat, die beurteilt werden muss, sondern das gute Gewissen des Täters. (Die Eichmanns und Berijas dieser Welt haben übrigens immer ein gutes Gewissen.) Und was bedeutet «friedliche Gewalt»? Der Bischof erklärte den Ausdruck nicht, sagte nur, dass er als Christ zutiefst von der «friedlichen Gewalt» überzeugt sei und dass er beabsichtige, ein Weltseminar zur Ausbildung von Gruppen in der «friedlichen Gewalt» zu gründen. Diese Gruppen sollen gegen die «Gewalt Nr. 1», die soziale Ungerechtigkeit in der Welt, kämpfen.

Und Helder Camara ist nicht allein mit derartigen Erklärungen.

In einem in Buenos Aires veröffentlichten Manifest heisst es:

«Es geht nicht darum, Männer an der Regierungsspitze auszutauschen oder neue poli-

tische Kursrichtungen anzukünden, sondern die sozialpolitischen Strukturen des herrschenden kapitalistischen Systems durch einen authentischen Sozialismus zu ersetzen.»

Dieses Manifest wurde nicht von einer kommunistisch-marxistisch-castristischen Gruppe verfasst, sondern von der sogenannten «Priesterbewegung für die Dritte Welt».

Zur Entführung und Ermordung von Ex-Präsident Aramburu sagen die Priester folgendes: «Es wäre nicht christlich, das Leben eines Menschen geringer zu erachten, aber es wäre auch nicht christlich, es im Vergleich zu anderen Menschenleben zu hoch einzuschätzen. Wir bedauern Aramburus Verschwinden, aber wir verschweigen nicht, dass uns der Tod vieler argentinischer Patrioten nicht weniger, vielleicht sogar noch mehr berührt.» In früheren Zeiten wurden den Kirchen der diversen Religionsgemeinschaften und ihren Priestern vorgeworfen, dass sie die Vernichtungswaffen der Generalstäbe segneten. Die postkonziliaren Rebellenpriester halten sich statt dessen an das gottgefällige Verfahren, Molotow-Cocktail und Dynamitbomben zu segnen.

Noch einmal zurück in die Debatte des aargauischen Grossen Rates. Entgegen dem bedauerlichen Unverständnis mancher Parlamentarier für das Anliegen ihres Kollegen Rusterholz gab es doch auch Leute, die (immer laut «NZ») die Sache klarer sahen. So ein Grossrat, der erklärte, «die Schweizer Presse könne nicht genug gegen die „Rebellen“ im Westen auftreten; wenn es aber gegen den Osten ginge, seien die gleichen Leute „Helden“».

Hier ist zunächst festzuhalten, dass dieser Grossrat mit «Schweizer Presse» offenbar die Gesamtzahl der Schweizer Zeitungen mit Ausnahme der grössten (und noch etlicher anderer) meint. Im grosskalibrigen «Tages-Anzeiger»

etwa hat Hugo Wild die innenpolitische Erpressung lateinamerikanischer Diplomatenentführungen der innenpolitischen Erpressung von Enthüllungen deutscher Diplomatie in der Springer-Presse einander gleichgestellt, das heisst nicht ganz, weil er nämlich die obrigkeitwidrige Presseveröffentlichung in Deutschland aufs schärfste verurteilt, die lateinamerikanischen Entführungen (mit zuweilen tödlichem Ausgang) aber nicht, wohl aber wiederum die Passivität westlicher Länder wie die Schweiz gegenüber lateinamerikanischen Regimes. Soviel zur Schlagseite in der Schweizer Presse. Sie besteht. Aber anders.

Was aber jene auflagenschwächere Presse an-

geht, welche angeblich westliche Rebellen heruntermacht und östliche Rebellen rühmt: jene Stimmen treten für einen Widerstand ein, der darin besteht, dass Leute entgegen dem obrigkeitlichen Verbot ihre Meinung sagen und schreiben (wenigstens annäherungsweise). Man muss abwarten, was passieren würde, wenn in Moskau der Schweizer Botschafter wegen der Passivität unseres Landes gegenüber dem Kreml entführt und ermordet würde.

Aber keine Angst, das kann in der Sowjetunion nicht passieren, Sowenig wie es im nationalsozialistischen Deutschland passieren konnte. Womit die Proportionen wiederhergestellt wären.

Christian Brügger

Die technologische Lücke zwischen den Supermächten

Forschung und Entwicklung

Von Peter Sager

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sind zu einer Kennziffer des Industriestaates geworden. Darunter ist im wesentlichen angewandte Forschung und Produktentwicklung bis zum Prototyp zu verstehen. Die FuE-Aufwendungen eines Landes, einer Branche oder eines Unternehmens stehen dann in einer recht unmittelbaren Verbindung mit deren Konkurrenzfähigkeit und Zukunftsaussichten, wenn diese Aufwendungen wirtschaftlich sind.

Marktwirtschaft und Planwirtschaft

Damit stellt sich eine kleine Vorfrage: Wie misst sich diese Wirtschaftlichkeit der FuE-Aufwendungen?

In den Ländern mit Marktwirtschaft ist diese Frage von untergeordneter Natur: die mindestens relative und fast immer potentielle Konkurrenz zwingt jeden Unternehmer (sogar den Staat, wenn er als Unternehmer auftritt), auf die Wirtschaftlichkeit der FuE-Aufwendungen ganz besonders zu achten. Ein unwirtschaftlicher Einsatz schmälert nicht nur den möglichen Gewinn, sondern gefährdet auch den Bestand der Unternehmung.

Dem Hinweis, dass die absolute Konkurrenz nicht mehr gewährleistet sei, ist vorgebeugt worden: es genügt schon die relative und die in einer Demokratie immer gegebene potentielle Konkurrenz.

Weitherum ist die zunehmende Konzentration der westlichen Wirtschaft als Gefährdung der Marktwirtschaft angesehen worden, zuweilen sogar als Annäherung an die Verhältnisse kommunistischer Planwirtschaft.

Diese pessimistische Betrachtungsweise scheint uns keineswegs gerechtfertigt. Sie übersieht, dass die Konzentrationsbewegung in der Wirtschaft eine notwendige Begleiterscheinung zur Ueberwindung nationaler Grenzen und Begrenzungen ist. Im grösseren Raum etwa der EWG oder der EFTA sind grössere Unternehmungen notwendig, ohne dass sie deswegen über einen grösseren Einfluss verfügten oder sich dem Monopol schon näherten. Auch in diesen erweiterten Räumen mit umfassenderen Unternehmungen bleibt daher die Konkurrenz erhalten.

Anders in der zentral geleiteten Planwirtschaft. Die Verantwortung für unternehmerische Beschlüsse ist nicht pluralistisch auf viele Träger aufgeteilt, sondern in einer bürokratischen Organisation und Ueberorganisation zusammengefasst. Fehlentschlüsse erhalten somit ein Ueber-

gewicht und werden nur langsam korrigiert. Vor allem aber: der institutionelle wirtschaftliche Zwang zu Beweglichkeit und Anpassung an die sich verändernden Verhältnisse entfällt. Schlimmer noch: von der staatlichen Organisation her gibt es einen institutionellen politischen Zwang, Beweglichkeit und Anpassung zu unterdrücken, weil im Gegensatz zur Demokratie die Konsequenzen immer umfassender sind als die Kompetenzen. Der Unternehmer wird sich in der kommunistischen Planwirtschaft eher als in der Marktwirtschaft scheuen, neue Kombinationen der Produktionsfaktoren anzustreben und neue Gebiete durch Forschung und Entwicklung zu erschliessen. Allfällige Fehldispositionen sind mit allzu grossen Strafen belegt, mögliche Erfolge werden trotz des Prämienwesens allzu schlecht belohnt.

Damit wird die Beschlussfassung in die anonyme Bürokratie verlegt. Wohl werden subjektive Fehler so weitgehend vermieden und persönliche Verantwortlichkeiten eingeschränkt. Aber objektive Fehler fallen um so schwerer ins Gewicht. Beweglichkeit, Intuition und Phantasie — wichtige Träger des Fortschrittes — müssen verkümmern.

Aufwand für FuE

Einmal mehr wollen wir die begrenzte Gültigkeit von Zahlen in Ost-West-Vergleichen unterstreichen. Die FuE-Ausgaben können beinahe nicht zuverlässig errechnet werden, weil sie nie nach gleichen Massstäben ausgeschieden werden.

OECD-Untersuchungen beziffern die sowjetischen FuE-Aufwendungen 1967 auf 23,7 Milliarden Dollar, die amerikanischen auf 23,8 Milliarden Dollar. Für 1968 wurden die Ausgaben mit 25,8 und 25 Milliarden Dollar beziffert. Die sowjetischen Ausgaben haben demnach erstmals die amerikanischen übertroffen.

Das ist fraglos eine grosse Leistung der Sowjetunion, die damit auch Europa überflügelt hat.

7 Hier zeigt sich, dass Europa in den letzten Jahren über seine Verhältnisse gelebt, das heisst zuviel konsumiert und zu wenig reinvestiert hat. Hier zeigt sich aber auch, wie gross Anstrengung und Leistung der Sowjetunion sind: der gleiche Betrag für FuE wurde aus einem wesentlich kleineren Brutto sozialprodukt abgezweigt als in den USA.

Damit stellt sich die entscheidende Frage, ob die Sowjetunion heute den Grund gelegt hat, um die technologische Lücke in Zukunft langsam zu schliessen oder gar die Führung übernehmen zu können.

Das trifft unseres Erachtens nicht zu, auch dann nicht, wenn die Sowjetunion ihre FuE-Aufwendungen gegenüber den USA noch rascher zu steigern vermöchte. Die Gründe sind mannigfaltig und folgen alle aus dem politischen System.

- Dieses System kann keine genügenden materiellen und ideellen Anreize geben, um die Arbeitsproduktivität entscheidend zu heben.
- Dieses System kann die makroökonomische Planung nicht wirtschaftlich durchführen, weil das Individuum kein Computer ist; es darf jedoch die Kompetenz zur mikroökonomischen Planung aus politischen Gründen nicht abgeben.
- Dieses System muss zwei Volkswirtschaften organisieren, die eine machtorientiert und hochentwickelt, die andere konsumorientiert und unterentwickelt; beide Volkswirtschaften müssen isoliert gehalten werden, was in hohem Masse unwirtschaftlich ist.

Man würde auf den ersten Blick annehmen, dass der Personalaufwand für FuE in der Sowjetunion billiger ist als in Westeuropa und vor allem in den USA. Das ist indessen nicht sicher, weil die hochqualifizierten Spezialisten in kommunistischen Ländern ausserordentlich hoch bezahlt werden. Solche Löhne betragen oft das 20- bis 50fache eines Arbeiterlohnes (im Westen das 2- bis 10fache) und erreichen vermutlich bald einmal das absolute westliche Niveau.

Der Materialaufwand für FuE ist fraglos in der Sowjetunion teurer als im Westen. Die Infrastruktur ist schwächer. Wenn Forschungsaufträge vergeben werden, müssen oft die durch eine etwas starre Planung hervorgerufenen Engpässe überwunden oder Forschungsstätten von Grund auf neu eingerichtet werden. Auch hier ist die Mobilität viel kleiner als in der Marktwirtschaft.

(Fortsetzung auf Seite 8)